

# Laibacher Zeitung.

Nr. 211.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzl. 50 kr., halbj. fl. 2.50.

Donnerstag, 16. September

Infectionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Infectionsstempel jebeem. 50 kr.

1869.

## Amtlicher Theil.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat als Bezirkschulinspector in im Königreiche Dalmatien ernannt:

- Für den Schulbezirk Zara den provisorischen Director der Lehrerbildungsschule in Zara, Weltpriester Johann Felčić;
- für den Bezirk Benkovaz den Lehrer an der Lehrerbildungsschule in Zara Joseph Scarpa;
- für den Bezirk Sebenico den kaiserlichen Rath Dr. Jacob Fini;
- für den Bezirk Spalato den Notar Doctor Jakob Chiudina;
- für den Bezirk Macarsca den Domherrn und Pfarrer in Macarsca Stephan Paulović;
- für den Bezirk Imoschi den Notar Dominik Depolo;
- für den Bezirk Lesina den Pfarrer in Verbagnio Nicolans Stipisić;
- für den Bezirk Curzola den Pfarrer von Zanjina Andreas Alipranti;
- für den Bezirk Ragusa den Landtagsabgeordneten Alois Seragli;
- für den Bezirk Cattaro den Lehrer der nautischen Schule in Cattaro Vincenz Felčić.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat eine am Gymnasium zu Vinz erledigte Lehrstelle „extra statum“ dem Professor am Untergymnasium zu Freistadt Jakob Walzer verliehen.

## Nichtamtlicher Theil.

### Eine preussische Stimme über Oesterreich.

Es ist bekanntlich oppositionelle Mode in Oesterreich, an unseren Zuständen und Verhältnissen kein gutes Haar zu lassen. Es ist nun einmal so Sitte unserer ungefiteten Heulmaier, unser Parlament, unsere parlamentarische Regierung, die Errungenschaften beider als Etwas hinzustellen, was keinen Schuß Pulver werth. Versucht man diesem sinnlosen Wüthen gegen das eigene Fleisch mit Vernunftgründen, mit dem Hinweis auf selbstredende Thatsachen zu begegnen, so ist diese Clique, deren Begriffe auf eine unheimliche Meinung nicht eingerichtet, ohneweiters mit einer Verdächtigung bei der Hand. Wer die Behauptung wagt, daß unsere, aus der Crème unserer liberalen Parteien hervorgegangenen Minister denn doch unmöglich sich über Nacht in lauter Hohlköpfe oder politische Tartuffes verwandelt haben können, muß darauf gefaßt sein, daß ihm der erste beste dieser eisernen Catos, der vielleicht, ehe ihm die Befassung zur radicalen Fliegerei die Courage gab, den Großmeistern der absolutistischen Reaction aus der Hand fraß, frech ins Gesicht fährt und ihm insinuiert, ein bezahltes Plaidoyer geliefert zu haben. Unter solchen Umständen gereicht es dem patriotischen Publicisten, der ohne blind zu sein für die großen noch zu beseitigenden Mängel, keinen Anstand nimmt, dem bereits Errungenen rückhaltlos den Tribut der Anerkennung zu zollen, doppelt zur Genugthuung, diese seine Anerkennung getheilt zu sehen von zweifellos unparteiischer Seite her, vor wo immer oesterreichischer Zustände erwartet werden mußte. Einer solchen, über jeden Zweifel einer günstigen Vorherrschaft erhabenen Kritik unserer heimischen Verhältnisse, wie diese sich seit zwei Jahren her gestaltet, begegnen wir in dem von Schultheß in Nordlingen herausgegebenen „europäischen Geschichtskalender“ für 1868. Gleich eingangs der auf die oesterreichischen Verhältnisse bezüglichen Rückschau sieht sich der Autor zu dem markanten Ausspruch veranlaßt, daß: „während die preussische Regierung, von der nationalen Frage abgesehen, sich jede Concession an die Forderungen der Zeit mit der äußersten Zähigkeit abtampfen läßt, diese Concessionen in Oesterreich geradezu mit vollen Händen ausgereutet werden.“ Nach einer ebenso unmißverständlichen, als vollkommen objectiven Darstellung der einzelnen Entwicklungsphasen der mit der Ernennung des parlamentarischen Ministeriums inaugurierten Aera schließt die Rundschau mit folgenden, das Wirken des Parlamentes und dieses Ministeriums nicht minder ehrenden Sätzen: „Inzwischen läßt sich gar nicht leugnen — heißt es in der Schlußbetrachtung, — daß Westösterreich unter

der neuen Ordnung der Dinge in seiner Gesetzgebung während des Jahres 1868 die entschiedensten Fortschritte gemacht hat, welche die rückhaltlose Anerkennung eines jeden Unbefangenen verdienen und ganz geeignet sind, eine wohlthätige Wirkung auch über seine Grenzen hinaus auszuüben, nachdem es so lange in angeblich conservativem Interesse sich einen lähmenden und geradezu ertödtenden Einfluß nach allen Seiten zu seiner eigentlichen Aufgabe gemacht hat.“

Nachdem der Verfasser hier betont, wie in Oesterreich nunmehr die inneren Verhältnisse allein und ausschließlich zur Grundlage der äußeren Politik erwähnt worden sind, fährt derselbe in seiner Beurtheilung, wie folgt, fort:

„Oesterreich hat sich unter der neuen Ordnung der Dinge sichtlich und in jeder Beziehung wieder gehoben und nimmt eine ehrenvolle und geachtete Stellung in Europa ein, obgleich seine Rolle unzweifelhaft eine bescheidenere geworden ist, als da es noch das Haupt und der Hort aller veralteten Anschauungen und reactionären Gelüste und Bestrebungen so ziemlich in ganz Europa war. Fast wunderbar ist namentlich die Prosperität, deren sich Oesterreich in wirtschaftlicher Hinsicht seit zwei Jahren erfreut. Wohl ist es wahr, daß daran die letzten Ernten einen gewaltigen Antheil hatten; aber doch nicht alles ist die Frucht dieses Segens allein. Unter dem Schutze der Verfassung und der sie begleitenden Reformgesetzgebung ist die productive Thätigkeit in allen Zweigen des Erwerbes entfesselt worden; die peinlichste Sparsamkeit im Staatshaushalt hat das am Markt des Landes zehrende Deficit bis auf ein Niveau nahe dem Nullpunkt herabgedrückt.“

„Die früher so vielfach von oben mißbrauchte Phrase von den unerschöpflichen Hilfsquellen Oesterreichs beginnt nun von unten, wenn auch nur allmählig — eine Wahrheit zu werden.“

So der Schultheß'sche Geschichtskalender. Wir sind begierig, in welche Kategorie der oesterreichischen „Officiösen“ Schultheß und Sybel von unseren schwarzen und rothen „Unversöhnlichen“ demnächst werden eingereiht werden!

### Die Volksschule.

Der Einfluß, welchen ein regelmäßiger Schulbesuch auf das Gedeihen der Volksschule und des Unterrichts ausübt, ist so einleuchtend, daß alle Staaten, welche die Schulpflichtigkeit in ihre Gesetzgebung aufgenommen haben, zu immer strengeren Maßregeln gegen Schulversäumnisse griffen und die meist schon vor Decennien bemessenen Strafbeträge den geänderten Verhältnissen gemäß immer wieder erhöhten. Ueberall hat man auch die Erfahrung gemacht, daß in der unnachsichtlichen Handhabung der Gesetze über diese Zwangsmittel eine der größten Wohlthaten für das Volk liege, welches in nicht allzu langer Zeit einsehen lernt, wie schwer sich Eltern oder Stellvertreter derselben durch Gleichgültigkeit gegen den Besuch schulpflichtiger Kinder versündigen. An Vorwänden, dieselben dem Schulzwange zu entziehen, fehlt es nicht, auch an sehr plausible klingenden; es bleiben aber doch nur Vorwände und die größte Strenge gegen die Angehörigen schulpflichtiger Kinder ist in diesem Falle die segensreichste Humanität gegen letztere selbst, allzu große Nachsicht wird auf Kosten von hunderten bildungsfähiger Kinder geübt. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, normiren die §§ 21 bis 24 zuerst die Art, in welcher ein Kataster der schulpflichtigen Kinder des Schulbezirks zu Stande kommt.

Ein sehr wichtiges, für die Entwicklung der oesterreichischen Volksschule bedeutungsvolles Princip ist in den §§ 31 und 32 zur Geltung gebracht. Nur wenn in dieser Weise eine für alle schulpflichtigen Kinder gleichmäßige, jede Willkür oder Gehässigkeit ausschließende Form des Nachweises der Erfüllung ihrer Pflicht gesetzlich festgestellt wird, kann den zahlreichen Uebelständen sich feststellenden, einseitigen oder lückenhaften Ertheilung ungenügenden, einseitigen oder lückenhaften Ertheilung des Unterrichtes außerhalb der öffentlichen Volksschule erfolgreich entgegen gewirkt werden. Insbesondere bietet sie die einzige Bürgschaft dafür, daß jene Privatanstalten auf dem Gebiete der Volksschule, welche nur das Interesse ihres Inhabers, nicht das Wohl der ihnen anvertrauten Jugend im Auge haben, bald der Möglichkeit beraubt werden, durch Täuschung der Eltern auf Kosten von hunderten schulpflichtigen Kindern fortzubestehen, während gut eingerichtete und zweckmäßig geleitete Privatanstalten unter dem Schutze dieser Bestim-

mu.ug sich um so lebenskräftiger zu entfalten in der Lage sind.

Das Reichsgesetz vom 14. Mai 1869 erkennt es ausdrücklich an, daß die Volksschule, welche die im Interesse des Staatszweckes für alle Staatsbewohner als notwendig anerkannte intellectuelle und moralische Bildung vermittelt, einen öffentlichen Charakter besitze. Unter den verschiedenen Kreisen aber, in welchen die Theilnahme an Realisirung des Staatszweckes wirksam wird, ist es die Gemeinde, deren Interessen die Volksschule am unmittelbarsten dient. Die Gesamtheit der Familien, deren Kinder ihre erste Bildung in einer solchen Anstalt erhalten sollen, erscheint also auch — unbeschadet der Organisation, Leitung und Beaufsichtigung aller öffentlichen Unterrichtsanstalten durch den Staat — als jene Körperschaft, mit welcher die Volksschule zunächst im engsten Zusammenhange steht.

Die historische Entwicklung hat auch in Oesterreich, ungeachtet des Dazwischentretens der Schulpatronate und der Concurrrenzsysteme, den Volksschulen mehr oder minder den Charakter von Gemeindegemeinschaften aufgedrückt, deren confessionelle Exklusivität factisch schon lange vor dem Gesetze vom 25. Mai 1868 immer mehr an Schärfe verlor. Unleugbar brachten auch viele Gemeinden zahlreiche und erhebliche Opfer für ihre Volksschulen, während andere mit jenen zu wetzeln entweder nicht die Mittel oder nicht den Willen besaßen.

Im gegenwärtigen Momente befindet sich das oesterreichische Volksschulwesen in einer Entwicklungskrise, welche möglichst rasch und thatkräftig überwunden werden muß, wenn ernstlich daran zu denken sein soll, die oft beklagten Versäumnisse von Jahrzehnten möglichst schnell und vollständig nachzuholen. Zu diesem Behufe werden auch die materiellen Kräfte aller Leistungspflichtigen durch Vermehrung und Erweiterung der Schulen, durch bessere Dotation der Lehrkräfte, durch Herbeischaffung von Lehrmitteln zc. auf das Aeußerste angespannt werden müssen.

Wenn man nun dieser unleugbar eben so berechtigten als ringlichen Anforderung die Erfahrungen der letztverfloffenen Decennien und die täglich wiederkehrende Beobachtung gegenüberhält, daß im Gemeindegemeinschaften die Zersplitterungsfucht, das Streben nach Bildung ganz kleiner politischer Gemeinden immer mehr um sich greift, so muß wohl manches Bedenken erwachen, inwiefern auch nur die Mehrzahl der Einzelgemeinden den Anforderungen der Jetztzeit zur Verbesserung des Schulwesens nachzukommen vermöchte, Anforderungen, welche nicht bloß in ihrem Sonderinteresse an sie gestellt werden, sondern nicht unerfüllt bleiben können, ohne zugleich die Interessen viel weiterer Kreise zu schädigen.

So wie demnach in manchen anderen ähnlichen Beziehungen Concurrrenzverbände mehrerer politischer Gemeinden geschaffen wurden, liegt der Gedanke sehr nahe, auch in der vorliegenden Frage von der Gemeinde niederster Ordnung zu jener der nächst höheren zu übergehen, die ökonomischen Angelegenheiten der Volksschule als Sache des ganzen Schulbezirkes zu erklären.

Indem die Gesamtgemeinde bezüglich der ökonomischen Angelegenheiten der Volksschule an die Stelle der Einzelgemeinden tritt, erlöschen selbstverständlich alle Verpflichtungen der letzteren bezüglich der Errichtung und Erhaltung der notwendigen Volksschulen. Will eine Einzelgemeinde über den Bedarf hinaus Volksschulen errichten und erhalten, so kann sie dies auf ihre eigenen Kosten thun; ihre Beitragspflicht zu den Schullasten des Bezirkes wird dadurch nicht berührt.

Sehr wichtig sind die Bestimmungen des § 51. Indem der Unterricht in den Lehrgegenständen, welche das Reichsgesetz vom 14. Mai 1869 der Volksschule zuweist, als ein allgemein obligatorisch erklärt wird, wächst daraus sofort die Verpflichtung der Schule, jeden Zweig desselben ohne ein abgesondertes Honorar jedem Zöglinge zugänglich zu machen. Das Reichsgesetz ließ hinsichtlich des persönlichen Bedarfes der Schulkinder, welchen natürlich zuerst die Eltern oder Stellvertreter beizuschaffen haben, insofern eine Lücke, als nicht ausdrücklich das Eintreten der Armenversorgung in die Verpflichtung gänzlich unvermögender Personen zu einer Beischaftung ausgesprochen wurde. Bei der Dringlichkeit eines solchen Eintretens muß zunächst die Gemeinde des Schulortes in Anspruch genommen werden, welcher jedoch das Regressrecht an die Heimatgemeinde der nicht ortszuständigen Kinder, als die zur Armenversorgung zunächst verpflichtete, offen bleibt.

## Bum Wahlkampfe in Böhmen.

Wien, 13. September. Die „Politik“ brachte dieser Tage einen geharnischten Angriff wider den Großgrundbesitzer Ludwig v. Oppenheimer, den sie des kühnen Planes beschuldigte, im Wahlbezirk Semil-Eisenbrod als Gegencandidat Riegers aufzutreten. Ritter v. Oppenheimer stellt in einem Schreiben an die Redaction der „Politik“ diese Absicht in Abrede und setzt gleichzeitig seinen Standpunkt zu der böhmischen Streitfrage auseinander. Dieses Schreiben, das als Beweis selbstständiger und rückhaltloser Meinungsäußerung aus den Reihen der gemäßigten Mitglieder der deutschen Verfassungspartei alle Beachtung verdient, lautet:

„Pöbliche Redaction der Zeitschrift „Politik!“ Die Nummer 251 Ihres geschätzten Blattes bringt eine Mittheilung, nach welcher ich gegen Herrn Dr. Rieger im Bezirk Semil-Eisenbrod candidire, und begleitet diese Nachricht zugleich mit mehreren Bemerkungen über meine „Versöhnlichkeit.“ In gleichem Sinne sind mir von Prag mehrere anonyme Zuschriften zugegangen, welche ebenfalls sich mehr oder minder mit meinem „persönlichen Wirken“ beschäftigen und mich zugleich nicht immer in der zartesten Art dringend warnen, irgend welche Agitation zu Gunsten der Regierung zu treiben.

Erlauben Sie mir hierauf folgende Erwiderung: Die Mittheilung, daß ich gegen Herrn Dr. Rieger im Bezirk Semil-Eisenbrod candidire, ist ihrem ganzen Inhalt nach erfunden und unwahr, aus der Luft gegriffen; die weitere Folge, daß ich zu Gunsten der Wahl von Gegnern der Declaration agitire, so weit mein bescheidener Wirkungskreis reicht, ist ihrem ganzen Inhalte nach wahr und wird von mir nicht eine Minute geleugnet werden.

Wenige wohl haben die versöhnliche Stimmung, die sie besetzt, so offen und rückhaltlos nach beiden Seiten hin ausgesprochen, als meine Wenigkeit; Niemand dürfte stündlich zu größeren Opfern, zu ehrlicherem Entgegenkommen bereit sein als ich, wenn es mir vergönnt wäre, mit beizutragen zur Erzielung der so nothwendigen Einigkeit beider Nationalitäten, die unser schönes Heimatland bewohnen; die vielfachen Beweise der Achtung und Sympathie, welche mir die Bevölkerung beider Nationalitäten, in deren Mitte ich lebe, gegeben, haben mir den Beweis geliefert, daß man mein ehrliches Streben anerkennt und mir die Ueberzeugung beigebracht, daß die Bewohner des Königreichs Böhmen ohne Unterschied der Nationalität den Frieden wollen und wünschen.

Dieser Frieden aber wird gehindert durch eine Opposition, die jede legale Basis der Unterhandlung negirt und zurückweist, die unter dem Schutz verfassungsgemäß zu Stande gekommener Gesetze die Verfassung und die Grundlagen des Staates zu Gegenständen des rückhaltlosesten Angriffs macht, die durch einen fast unglaublichen Terrorismus die freie Meinungsäußerung der Bevölkerung zertritt und vernichtet, die das Denken und Fühlen des loyalen böhmischen Volkes in Bande und Fesseln geschlagen hat.

Die gute Sache des Friedens und der Versöhnung hat gesiegt in der Minute, in welcher jener wie ein Alp auf unserem Heimatlande lastende Terrorismus gebrochen ist, jener Terrorismus, der nur so lange stark und furchtbar, als man ihn achtet und anerkennt; die gute Sache des Friedens hat gesiegt in jenem Augenblick, in welchem die Pression der versöhnlichen Elemente auf die unversöhnlichen zur Geltung kommt.

Im gegenwärtigen Moment, in dem es vielleicht das Heil und die Zukunft unserer erlauchten Dynastie, das Glück und den Wohlstand des gemeinsamen Vaterlandes gilt, halte ich es für die Pflicht eines Jeden, mag sein Wirkungskreis noch so eng und bescheiden sein, rückhaltlos und unbefürchtet um den Erfolg seine Ansichten zur Geltung zu bringen, und die gute Sache, die über kurz oder lang siegen wird und siegen muß, mit allen Kräften zu unterstützen.

Die Opposition wird nicht im Stande sein, mir ein einziges unlauteres Agitationsmittel nachzuweisen; mit allen gesetzlichen und erlaubten Mitteln aber werde ich unbeirrt durch irgend welche Einflüsse und Maßnahmen nach besten Kräften, so weit meine bescheidene Stellung als Privatmann dies irgend zuläßt, gegen die Wiederwahl der Declaranten wirken.

Herr Dr. Rieger kennt die Gefühle ausgezeichnet, persönlicher Hochachtung, die ich für ihn hege; Herr Dr. Rieger wird mir glauben, daß ich mich seiner Wahl aufrichtig freuen würde, wenn er statt der fortwährenden Negation die legale Basis des Landtags als Grundlage seiner Opposition wählte; Herr Dr. Rieger weiß, daß seine Widerwahl im Bezirk Semil-Eisenbrod unter allen Umständen gesichert ist, aber er wird mir nicht zumuthen, in einem so ernstlichen und bedeutungsvollen Moment meiner Ueberzeugung irgendwie ungetreu zu werden.

Die löbliche Redaction der „Politik“ aber, die mir, indem sie mir Gelegenheit gab, mich offen auszusprechen, einen großen Dienst erwiesen, ersuche ich, da ich im Interesse der Sache, die ich für eine gute und gerechte halte, mich genöthigt sehe, diese meine Zuschrift auch anderen Blättern zugehen zu lassen, meine vorstehende Erklärung freundlichst zum Abdruck zu bringen.

Hochachtungsvoll ergebenst

Ludwig v. Oppenheimer.

Klein-Stein, am 12. September 1869.

## Das Armeo-Inspectorat.

Man schreibt der „Bohemia“ aus Wien: „Im Verlaufe der Delegationsverhandlungen war bekanntlich das Institut des Armeo-Inspectorates Gegenstand der heftigsten Angriffe sowohl auf ungarischer, als deutscher Seite. Nur sofern diese Angriffe sich gegen den angeblichen Aufwand dieses Institutes wendeten, mögen hier einige aufklärende Bemerkungen Platz finden, die aus völlig authentischer Quelle fließen. Zunächst ist zu constatiren, daß der Armeo-Inspector als solcher dem Staatsschatz keinerlei Auslagen verursacht, indem der dermalige Träger dieses Postens außer den Bezügen, die ihm als Feldmarschall unter allen Umständen zukommen, gar keine weiteren Bezüge genießt. Aber — und dies sei nebenbei bemerkt — auch diese rangmäßigen Bezüge fließen nicht in die Privatschatulle des Herrn Erzherzogs, sondern werden ausschließlich zur Unterstützung verdienstvoller, durch unverschuldete Unglücksfälle bedrängter Officiere verwendet. Viele Officiere, welche eine Zierde der Armee sind, könnten beweisen, daß ihnen nur durch diese Munificenz das Weiterdienen ermöglicht wurde. Die Summe, welche hiesfür in Anspruch genommen wird, ist so namhaft, daß die Bezüge des Feldmarschalls zu ihrer Deckung nicht ausreichen und die Privatschatulle des Herrn Erzherzogs alljährlich einen Zuschuß leisten muß. Endlich sei noch bemerkt, daß auch die ausgedehnten Reisen des Armeo-Inspectors zu Zwecken der Inspection aus dessen Privatmitteln bestritten werden. Vielleicht tragen diese Daten dazu bei, manches Urtheil zu modificiren.“

## Die Regentenschaftsfrage in Frankreich.

Der „Peuple français“ äußert sich über die in der „Opinion“ erörterte Regentenschaftsfrage. Er begreift recht gut die Unruhe, welche das Land auf die Kunde von der Erkrankung des Kaisers ergriffen habe; aber man dürfe diese Besorgnisse nicht noch übertreiben und zumal nicht Gespenster sehen, wenn sich der Kaiser selbst wieder ganz wohl befände.

„Gott sei Dank“, fährt er fort, „die furchtbare Eventualität ist nicht so nahe bevorstehend, als man hat glauben machen wollen; aber es schadet vielleicht gar nichts, daß man ein wenig Furcht gehabt hat, und es ist auch nicht überflüssig, den Folgen eines Ereignisses ins Angesicht zu blicken, welches die Vorsehung allein noch auf lange verschieben kann. Nur begreifen wir nicht recht, was Herr Guéroult sagen will, wenn er von den Maßregeln spricht, welche für die Organisation einer Regentenschaft zu treffen wären. Das erheischt Aufklärungen und nachdem Herr Guéroult so gut die Gefahr gezeigt hat, hätte er uns vielleicht auch das Mittel andeuten sollen, wie ihr zu begegnen wäre. Wir für unsern Theil meinten, daß ein Senatusconsult die Frage der Regentenschaft schon längst geregelt hätte. Wäre dieses Senatusconsult etwa aufgehoben worden oder besäße etwa Herr Guéroult ein Wundermittel, die eventuelle Regentenschaft zu stärken? Noch einmal, hierüber wären Aufklärungen nöthig.“

Sagen wir es frei heraus, der Artikel der „Opinion“ schien uns bedauerlich, nicht bloß der Artikel an sich, welcher mehr anspruchsvoll als gefährlich ist, sondern auch der Umstand, daß man mit Unrecht hinter Herrn Guéroult eine viel angesehenere Persönlichkeit entdecken will, für welche wir eine ehrfurchtsvolle Sympathie haben. Zwischen den Mitgliedern einer regierenden Familie herrscht eine Solidarität, welcher kein einziges sich entziehen kann und welche die Männer, die irgendeinem Mitgliede der Familie wahrhaft ergeben sind, niemals zu stören suchen sollten. Wenn der Uebereifer irgendwo indiscret ist, so ist er es auf diesem Gebiete. Auch werden wir nicht das Beispiel des Herrn Guéroult oder seiner Gegner befolgen und uns in Parallelen, in Vergleiche einlassen, welche weder würdig, noch anständig sind, und wir wollen uns vielmehr nur darauf beschränken, zu sagen: Es gibt Eventualitäten, welche der einfachste Anstand zu untersuchen verbietet, so lange nicht eine absolute Nothwendigkeit vorliegt, und wenn unter einer Monarchie eine Frage existirt, welche der gute Ton und das conservative Gefühl von den Debatten fernhalten sollte, so ist es die Frage der Erblichkeit oder der Regentenschaft, sobald diese durch die Verfassung erledigt ist.“

## Aus Saint-Cloud.

Paris, 12. September. Der Kaiser ist gestern nicht, wie die „Liberté“ gemeldet hatte, nach Paris gekommen, sondern er hat nur eine zweite Spazierfahrt nach Billeneuve-sur-Étang unternommen. In dem gestrigen Ministerialrathe hätte er, so versichert der „Public“, nicht bloß den Vorsitz geführt, sondern auch selbst mehrere Fragen der inneren Politik angeregt und sich ausführlich über dieselben verbreitet, desgleichen auch dem Fürsten Latour d'Auvergne ein Resumé der auswärtigen Lage abverlangt. „Der Kaiser hat“, fährt der „Public“ fort, „von mehreren Souveränen, sei es direct oder durch Vermittlung der Botschafter, herzliche Glückwünsche zur Wiederherstellung seiner Gesundheit und aus dem Publicum von Frankreich und aus dem Auslande zahllose Zuschriften des nämlichen Inhaltes empfangen. Man

spreche jetzt in Saint-Cloud wieder von einem Herbstaufenthalt in Fontainebleau; die orientalische Reise der Kaiserin dagegen sei noch immer zweifelhaft. Gestern haben sich fast alle in Paris weilenden Mitglieder des diplomatischen Corps in Saint-Cloud eingeschrieben.

Wie der „Moniteur Universel“ dagegen behauptet, wäre der Kaiser gestern gar nicht ausgefahren, sondern nur eine Weile in der Kastanien-Allee auf und nieder gegangen; die Kaiserin allein hätte in einem kleinen Wagen eine Rundfahrt durch den Park gemacht. Heute sei das Befinden des Kaisers ein sehr zufriedenstellendes. Er wäre früh aufgestanden, hätte die Hofleute empfangen, welche den Dienst für die neue Woche antreten, und dann nach 10 Uhr in der Schloßcapelle die Messe gehört. Der Besuch der Ärzte Ricord, Fauvel und Nélaton sei ein sehr kurzer gewesen. Bei dem stürmischen Wetter, welches in der vergangenen Nacht eingetreten ist, glaube man nicht, daß der Kaiser im Laufe des heutigen Tages seine Gemächer verlassen werde. Gestern Nachmittags sei Herr Frémly, der Gouverneur des Credit Foncier, von dem Souverän empfangen worden.

Der „Köln. Ztg.“ wird unterm 11. d. aus Paris geschrieben: „Der Besuch, welchen der Kaiser gestern in Paris machte, kam ganz unerwartet. Am meisten überraschte er wohl die officielle Welt, die auch nicht ahnte, daß der Kaiser bei seinem Zustande und in Anbetracht des unbeständigen Wetters eine Fahrt nach Paris machen werde. Um 4½ Uhr wußte man auf dem Ministerium des Innern noch nichts von dem Besuche des Kaisers in Paris, und auf der Polizei-Präfectur, die natürlich auch nicht ihre übliche Mannschaft gesendet hatte, erfuhr man erst die Sache, nachdem der Kaiser bereits wieder auf dem Rückwege nach St. Cloud war. Es scheint, daß die Kaiserin es durchsetzte, daß der Kaiser sich zur Fahrt nach Paris entschloß. Dasselbe hielt diese für um so nöthiger, als sie den schlimmen Eindruck, welchen der vorgestrigte Artikel der „Opinion Nationale“ hervorgerufen, verschonen wollte. Daß Niemand von der Sache in Kenntniß gesetzt wurde, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß der Kaiser sich erst dann entschloß, nach Paris zu fahren, als es bereits 3 Uhr oder noch etwas später geworden war. Er sah bleich und abgemattet aus. Sein Gesicht ist noch ziemlich voll, aber sein Hals ist äußerst abgemagert, und seine Augen, deren Ausdruck nicht unbestimmt ist, scheinen viel größer geworden zu sein. Der Eindruck, welchen das Erscheinen des Kaisers hervorbrachte, war überall der des Erstaunens. Fast nirgends wurde gerufen.“ Eine andere Correspondenz der „R. Z.“ von demselben Datum besagt: „Nach den officiösen Berichten ist dem Kaiser seine gestrige Ausfahrt sehr gut bekommen. Wie man hinzusetzt, präsidirte er heute dem Ministerrathe (das officielle Abendblatt sagt dies jedoch nicht), nachdem er vorher sein Frühstück eingenommen hatte. Nach einem an der Börse verbreiteten, aber keineswegs verbürgten Gerüchte soll er hierauf eine Spazierfahrt im Boulogner Waldchen gemacht haben. Die Aerzte selbst scheinen nicht ohne Besorgniß über die Folgen der gestrigen Ausfahrt gewesen zu sein; denn Nélaton, der sich in St. Cloud nach der Rückkehr des Kaisers einfand, verbrachte dort die Nacht. Bei seiner Fahrt soll der Kaiser trotz des warmen Wetters viel über Kälte geklagt haben. Die fremden Diplomaten fuhren gestern Abends, als sie von der Spazierfahrt des Kaisers gehört, nach St. Cloud, um sich einschreiben zu lassen. Es ist noch immer die Rede, daß der Kaiser, falls das schöne Wetter anhält, nach Biarritz gehen wird.“

Der Pariser Correspondent der „Times“ zieht aus der Thatsache, daß Prinz Napoleon im Begriffe steht eine Reise an den Küsten des Mittelmeeres entlang zu machen, und daß die Kaiserin ernstlich an eine, wenn auch nur sehr kurze Reise nach dem Oriente denke, günstigere Schlüsse, versichert dagegen, die Gerüchte von einer Reise nach Biarritz seien durchaus unbegründet. Dagegen sei es dem Kaiser möglich, mehr Personen bei sich zu sehen als bisher. Der Prinzessin Clotilde sei durch die Kaiserin mitgetheilt worden, er hoffe sie binnen wenigen Tagen zu empfangen, und dem Fürsten von Rumänien sei auf seine Anfrage die gleiche Zusage zu Theil geworden.

Im Weiteren berichtet der Correspondent, daß in den letzten zwei Tagen wieder Gerüchte über die Möglichkeit einer Abdankung im Umlaufe seien, und obgleich das Gerüchte vielleicht nur eine neue Conjectur sei, so gebe man sich doch unter Leuten, die mit dem Kaiser gut bekannt seien, dem Gedanken hin, daß dasselbe Ereigniß sei. Zumal da man Rückschlüsse in dem Leiden des Kaisers entgegensehen müsse und der kaiserliche Prinz im kommenden Mai vierzehn Jahre alt werde und großjährig erklärt werden solle, sei man in manchen Kreisen der Ansicht, daß es nothwendig zur Abdankung kommen müsse.

## Der Freihandel und die Arbeiter.

Die Torypartei in England sucht die Arbeiter dadurch zu gewinnen, daß sie vorgibt, der Freihandel schädige die Arbeiterinteressen. Dem ist nun der gegenwärtige englische Handelsminister John Bright in seiner berben, packenden und doch überzeugenden Weise in einem

wahrscheinlich zur Veröffentlichung bestimmten Privatbriefe entgegneten. Den Text des Schreibens finden wir heute in den englischen Blättern. Bright schreibt: „Es gibt Schufte in der Welt und Einfältige, und die eine Classe belauert die andere. Die Torhpartei ist immer zu solchen Ränken genöthigt — sie hat keine anderen Mittel, sich an die Masse zu wenden. Wenn sie darüber Klage führe, daß zu viel Zölle abgeschafft worden, so werde sie wohl die Gewogenheit haben, den Arbeitern zu sagen, welche Art von Zöllen wieder aufgelegt werden sollen. Etwa der Kornzoll, der Importzoll für Vieh oder gar für Baumwolle? Wenn ein Ausländer von uns billig kaufen will, würde dann die Sache besser, wenn wir uns weigern, billig von ihm oder irgend einem anderen Ausländer zu kaufen? Wenn Löhne seit 1840 um 20 bis 50 Percent gestiegen sind, verträge sich das mit einer falschen Politik im Handel mit dem Auslande? Die Schrift, welche mir zugesandt worden, trägt alle Anzeichen, im Irrenhause von Bedlam geschrieben zu sein; sie ist ein Wirrsal von Zahlen und ohne Logik und Verstand abgefaßt. Die gute Ernte wird darauf wirken, die Gesundheit des allgemeinen Handelsgeschäftes im Lande wieder herzustellen, und sobald wir eine genügende Lieferung von Baumwolle erhalten, wird Lancashire sich von seiner jetzigen Nothstandstage erholen. Mehr Baumwolle das ist's, was wir brauchen, und nicht mehr Importsteuern. Ich glaube, das Volk von Lancashire wird nicht verfehlen, dies einzusehen. John Bright.“

Oesterreich.

Wien, 14. September. (Neue Actiengesellschaft.) Die „Wiener Zeitung“ meldet, der Minister des Innern habe der steiermärkischen Escomptebank gemeinschaftlich mit den Herren Hauser, N. v. Heider und v. Klemenstewicz die Gründung einer Actiengesellschaft Namens Leykam-Actiengesellschaft für Papier- und Druckindustrie in Graz bewilligt und die Statuten genehmigt. — (Von dem Festcomité für die Humboldt-Feier in Teplitz) in Böhmen ist an das k. und k. Ministerpräsidium in Wien folgendes Telegramm eingelaufen: Teplitz, 14. September. Die zur Humboldt-Feier versammelten Gemeindevertretungen von Teplitz und Schönau, sämtliche Vereine und Corporationen bringen ihre Huldigung Sr. Majestät dem Kaiser und ihre Sympathien dem freisinnigen Ministerium dar.

Ausland.

Tiflis, 12. September. (Cholera.) Man befürchtet hier, daß, trotz der strengsten Contumazmaßregeln, die seit einigen Tagen auch im Norden Persiens, namentlich in der in der Näh: des kaspischen Meeres liegenden Stadt Rascht wüthende Cholera in den Kaukasus eingeschleppt wird. Nach Balu, Lenkoran, Nahitscheran und den übrigen Berührungspunkten mit Persien ist von hier ein großes Sanitäts-Personal abgegangen.

Tagesneuigkeiten.

(Kaiserliche Spenden.) Se. Majestät der Kaiser hat zur inneren Einrichtung der neuen Pfarrkirche in der Brigittenau einen Beitrag von 1000 fl., dem zu Zara als Zweig des Wiener Ersten allgemeinen Beamtenvereins für Dalmatien gebildeten Vorschußvereine auf dessen Bitte zur Anlage eines Vereinsfonds eine Beihilfe von 500 fl., der galizischen Gemeinde Pipowica zur Vollendung ihres Kirchenbaues einen Beitrag von 200 fl., dann der galizischen Gemeinde Cholowice zur Bestreitung der Kosten der inneren Ausstattung ihrer griechisch-katholischen Filialkirche eine Unterstützung von 100 fl., und den Militär-Veteranenvereinen zu Abersham in Böhmen und Amstetten in Niederösterreich, ersterem zur Gründung eines Unterstützungsfonds einen Beitrag von 200 fl. und letzterem zur Fortbildung des Vereins einen Beitrag von 100 fl. aus Privatmitteln bewilligt.

(Zur Fuß-Feier.) Wie dem „Prager Abendblatt“ aus Hussineß mitgetheilt wird, hat dort ein großer Theil der Bewohner aus Angst vor den Neuhussiten sein Hab und Gut vor der Feier theils versteckt, theils in andere Ortschaften geschafft oder wenigstens assicurirt. Solche Begriffe hatten die schlichten Landleute von der großen Nationalfeier. Die meisten mußten erst durch Bitten und Geldbeiträge bewogen werden, ihre Häuser der Feier zu Ehren frisch zu übertünchen und zu decoriren. Die Fahnen und Decorationsstücke kamen fast durchwegs aus Prag. In Wälschbirken mußten Gendarmen aufgestellt werden, um die dort weilenden Missionäre und die Juden, denen mit Gewalthätigkeit gedroht worden war, vor Ausschreitungen zu schützen.

(Ungarische Justiz.) Ein Advocat sah, daß ein Comitats-Beamter in Alsföld Banern eigenhändig ohrfeigte, sie auf die Bank niederziehen und prügeln ließ und erst unlängst 17 Wahlbürger, darunter solche, welche nach ärztlichem Gutachten nicht kräftig genug sind, um Prügel zu ertragen, zu Stockhieben eigenmächtig verurtheilte; er erhob daher, ohne von den Mißhandelten hiezu besonders bevollmächtigt zu sein, gegen den barbarischen Beamten beim Comitats-Anschusse die Klage wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt. Die zur Untersuchung der Anklage entsendete Commissions erschien an Ort und Stelle, ließ die Geprügelten

herbeirufen und richtete an sie folgende Fragen: Hat Euch der Stuhlrichter prügeln lassen? — Antwort: Ja! — Habt Ihr den Advocaten N. N. bevollmächtigt, für Euch die Klage zu erheben? — Antwort: Nein! — Darauf beschloß die Commission in Weisheit und Gerechtigkeit: Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter.

(Versammlung des österreichischen Reichs-Forstvereines in der croatischen Militärgrenze.) Der österreichische Reichs-Forstverein wird sich am 23ten September Früh 6 Uhr in Jengg versammeln, von wo dann die Vereingung beginnt, welche sich auf die Forste des Ottocaner und Dgulinier Regiments zu erstrecken hat und sammt den Verhandlungen vier bis sechs Tage in Anspruch nehmen wird. Die Gegenstände, welche dabei in besondere Betrachtung kommen werden, sind die Aufzucht der Karst-Debungen und ihre bisherigen Fortschritte, die Behandlung des Urwaldes auf Karst-Böden und die Transportmittel für die Ausbringung des Holzes aus den Karst-Gebirgen.

(Für Geschworne.) Vor dem Schwurgerichte eines preussischen Provinzialstädtchens stand kürzlich ein schwerer Verbrecher, dem als besondere Vorsichtsmaßregel ein Soldat mit geladenem Blindnadelgewehr an die Seite gestellt wurde. Plötzlich beginnt einer der Geschwornen sich unruhig auf seinem Plage hin und her zu bewegen und überhaupt mimische Zeichen einer lebhaften Besorgniß von sich zu geben. Erstaunt fragt ihn der Präsident des Gerichtshofes um die Ursache seines Benehmens. „Ja, sehen Herr Präsident denn nicht“, erwiderte der Geschworne, „daß der Soldat da immerwährend mit seinem Gewehre spielt? Wie leicht könnte es losgehen und Einen von uns treffen.“ — „Beruhigen Sie sich“, meinte in ernsthaftem Tone der Präsident, „es sind zwei Ersatzgeschworne da!“

(Die General-Versammlung der katholischen Vereine über Meyerbeer.) Pfarrer Stein aus Köln hielt auf der 20. General-Versammlung der katholischen Vereine in Düsseldorf eine Rede über ein sehr weltliches Thema, über die Oper nämlich. Sein katholisches Gemüth begeisterte ihn dabei zu folgender Philippica gegen den Componisten der „Hugenotten“: Meyerbeer verstand das Geschäft wie Keiner vor ihm, er wußte, wie es gemacht wird. Ganz besonders ist bei ihm die Vorliebe für religiöse Scenen auf der Bühne hervorzuhellen. Er benützt solche Scenen immer sehr geschickt, um grelle Contraste hervorzubringen und dadurch Effect zu machen. Keine seiner letzten Opern entbehrt dieser scharfen Würze. Aber als Jude steht er zwischen den christlichen Confessionen ziemlich unparteiisch: er mißhandelt und verhöhnt die eine wie die andere. Hat ihm in „Robert der Teufel“ vornehmlich der Katholicismus das Material zu religiösen Scenen bieten müssen, dann mißbraucht er in den „Hugenotten“ den Protestantismus zum gleichen Zwecke. Hier fährt Marcell, eine wunderbar bornirte Figur, ein fanatischer Hugenotte, überall mit einem bekannnten protestantischen Kirchenliede in die Handlung hinein, immer ganz unpassend und widersinnig, aber durch den Contrast immer effectvoll. Es ist die Melodie des lutherischen Chorals: „Ein feste Burg ist unser Gott!“ Auf den durch dieses Kirchenlied hervorgerufenen Contrasten beruht größtentheils die Wirksamkeit dieser so beliebten Oper. Gleich im ersten Act sitzt eine lustige Gesellschaft von Rittern zusammen bei einem Zechgelage; sie singen ein lustiges Lied. Marcell, der Wunderliche, brüllt dazwischen unter Pauken- und Trompetenbegleitung: „D höre mich, du starker Gott, an dich mein Ruf ergeht!“ Dieses Lied mitten ins Saufgelage hinein, mitten in ein frivoles Lied hineingesungen, meine Herren, das muß Effect machen! Im zweiten Acte kommt eine sehr heftige Scene vor. Der Graf Saint-Bries hat auf Antrieb der Königin Margaretha dem Ritter Raoul seine Tochter angeboten; dieser verschmäht sie; Valentine, die verschmähte Tochter, jammert; die Königin Margaretha predigt Frieden; Alles schreit und wüthet durcheinander und Marcell brüllt seinen Choral dazu: „D Gott, du unser Schirm und Hort, erhöre unser Flehen!“ Heißt das nicht mit der Religion schönsten Mißbrauch treiben? Aber es macht Effect und unser feinfühlerndes Ovipublicum ist ganz entzückt darüber und hält die durch solche Contrasten hervorgerufene Gemüthserhütterung für religiöse Erbauung.

(Unsere Frauenmoden.) Nachstehendes Spottliedchen dürfte wohl über Frankfurts Grenzen hinaus Anklang finden:

Was trage doch für Röckercher  
Sitzt uns're Modepöppercher  
Mit Zwickelcher und Hätscher,  
Und ausgeschmitt'ne Jätscher,  
Und hünne hängt e Kiffelche,  
Das wackelt stets e Biffelche,  
Und rund herum Volantercher,  
Das macht's noch viel pikantercher.  
Voll Gürtelcher und Fittlercher,  
Mit ausgeschmitt'ne Niedercher,  
Sie trage falsche Pöppercher  
Und Straßenteuerungs-Schleppercher.  
Was windisch wie die Fährnercher!  
Was ausgestopfte Veernercher!  
Was himmelhohe Nestercher!  
Was Schminck und Schönheitspflästercher!  
Was trage sie für Stiefelcher,  
So eng, 's wird Einem übercher,  
Mit Wade wie Sreichhölzercher,  
So geh'n sie wie auf Stelzercher.  
Wie trage Modepöppercher  
Jetzt gar so hoch die Köppercher,  
Verträppelt ihre Leibcher,  
Und das nennt man jetzt Weibercher.

Krainischer Landtag.

1. Sitzung.

Laibach, 15. September.

Heute um 11 Uhr Vormittags wurde nach vorausgegangenem Hochamte in der Domkirche der krainische Landtag in Anwesenheit des Herrn k. k. Landespräsidenten v. Conrad, von dem Herrn Landeshauptmann von Wurzbach mit nachstehender Ansprache eröffnet:

Hochzuverehrende Herren Landtagsabgeordneten!

Durch das kaiserliche Patent vom 19. August d. J. ist der Landtag von Krain auf den heutigen Tag einberufen worden.

Ich begrüße Sie, meine Herren, hochachtungsvoll, und begrüße im Namen des Landtags unseren hochverehrten Herrn Landespräsidenten mit der Bitte, uns bei unseren Arbeiten seine freundliche Unterstützung angedeihen lassen zu wollen.

Obvor wir aber unsere Aufgaben in Angriff nehmen, bringe ich dem hohen Landtage zur erfreulichen Kenntniß, daß die von ihm zur Abstattung des Dankes für die allergnädigste Sanctionirung des Gesetzes, betreffend den Eisenbahnbau Laibach-Tarvis, an das allerhöchste Hoflager entsendete Deputation von Seiner kaiserlichen und königlich apostolischen Majestät am 12ten December 1868 in der Königsburg zu Ofen huldreichst empfangen wurde.

Nachdem der Kaiser den im Namen des Landes abgetatteten ehrfurchtvollestn Dank allergnädigst entgegengenommen, geruhte Allerhöchste-Derselbe, die pflichtgetreue Thätigkeit des jüngsten Landtags anzuerkennen, mit jedem einzelnen Deputirten die wirthschaftlichen und industriellen Zustände Krains eingehend zu besprechen und die Hoffnung auszudrücken, daß das derzeit noch arme aber an Hilfsquellen reiche Krain durch Fürsorge der Regierung und Mitwirkung der Landesvertretung rasch zu einem dauernden Wohlstande erblühen werde.

Schließlich versicherte Seine Majestät das stets getreue Krain Allerhöchst Ihrer kaiserlichen Huld und Gnade. (Der Herr Landeshauptmann schilderte hier in gemüthvollen slowenischen Worten die freudigen Gefühle, welche das ganze Land ob dieser huldvollen Aufnahme der Deputation durch Se. Majestät befeelen und schloß dann deutsch:) Meine Herren! Jenes Gefühl, welchem die Deputation Angesichts des Kaisers so warmen Ausdruck gab, das Gefühl der Liebe und Treue zu unserm Kaiserhause, ist ein von unseren Vorfahren überkommenes Erbe jedes Krainers. Die Liebe für Kaiser und Vaterland wird uns aus allem Wirrsal an das von uns angestrebte Ziel der Begründung dauernder Wohlfahrt und allgemeiner Befriedigung unseres Heimatlandes, und mittelbar des Glückes und der Machtstellung unseres Kaiserreichs leiten.

Darum stimmen Sie mit mir in den begeistertsten Ruf:

Hoch unser Allergnädigster Kaiser und Herr!

Der Herr Landespräsident Conrad von Eybesfeld ergriff hierauf das Wort zu folgender Ansprache:

Ich begrüße die verehrte Versammlung im Namen der Regierung und verbinde damit den aufrichtigen Wunsch für einen glücklichen und der allgemeinen Wohlfahrt ersprießlichen Fortgang Ihrer Berathungen, an denen mit dem lebhaftesten Interesse theilzunehmen ich mir zur Pflicht und Ehre rechnen werde.

Primita castita gospoda moj pozdrav v imenu vlade. Veseli me in v čast si stojem, da mi je dano zopet nazočemu biti pri razpravah veleslavne skupščine. Propričan sem, častita gospoda, da so vam resno na srcu vse deželne zadeve in da bodete z navadnim gorečim domoljubjem delovali v prid in blagor domovini svoji.

Ne dvomim tedaj ni malo, da bodete s posebno skrbjo pretresli tudi važne navsete, ki vam jih bode v predstoječih sejah vlada predložila slasti v šolskih in kmetovalskih zadevah.

Kar se mene tiče, vèsten sem si, da me pri vsem mojem delovanji vodi iskrena udanost do dežele in njenega blagorja. Zatorej smem nadjati se in prosim tudi, da mi Vi častita gospoda ne vskratite svojega blagohotnega zaupanja.

Ihnen, hochverehrter Herr Landeshauptmann, danke ich für die freundlichen, an mich gerichteten Worte.

Was ich zur Förderung Ihrer Bestrebungen thun kann, werde ich mit Liebe und Eifer thun und namentlich bei den zu berathenden Gesetzen bestrebt sein, Ihnen die Intentionen der Regierung, insoweit sie mir bekannt sind und es die Sachlage gestattet, so klar und mit jener Bestimmtheit darzulegen, als es für den Fortgang der Verhandlungen erwünscht sein muß.

Gestatten Sie mir, meine Herren, hier nur noch ein Wort, zu dem sich wohl nur heute die Gelegenheit ergeben dürfte.

Für die Regierung und ihren Vertreter ist das erste Gebot: unerschütterlich an der Verfassung fest zu halten, die Verfassung, das Gesetz, ist, wie es so oft wiederholt wird, der einzige sichere Boden und die Gewähr für die glückliche Zukunft aller Völker Oesterreichs; aber wo es innerhalb dieses Rahmens verschiedene Ansichten und Interessen gibt, da habe ich die Ueberzeugung und habe immer daran festgehalten, daß die Stellung des Regierungsvertreters eine vermittelnde und ausgleichende

